Merseburger Tageblatt

Bezugspreis: Im Haus durch die Austräger: vierteljährlich M. 1.50, monatlich 50 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.30 bezw. 45 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentlich. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Grillinsport Merseburg. — Fernruf 108. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die 6gesp. Einheitszeile oder deren Raum 25 Pf., für Kriegsanzeigen, Haushalt und Familie dieselben 15 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugsgebühr (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Abonnenten auf Grund unserer Anzeigen in Zahlung genommen. Schwierigerer Satz wird entsprechend höher berechnet. — Reklamezeile 60 Pf. — Bilanzzeilen und Wiederholungen laut Tarif.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 277. | Sonnabend, den 25. November 1916. | 156. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Zuckerhöchstpreise im Kleinhandel.

Tageschronik

Eine Diktatur Briand scheint sich vorzubereiten.

Frankreich und England wollen zwei fleischlose Wochentage einführen und den Nahrungsmittelverkehr einschränken.

Das Polenmanifest im preußischen Abgeordnetenhause.

Als das Manifest erschien, das die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen nach dem Kriege ankündigte, erhob sich in vielen deutschen, namentlich preußischen Herzen die Sorge, dieser Schritt könne unliebsame, gefährliche Einwirkungen auf die gemischtsprachlichen Landesteile Preußens, auf die preußisch-deutsche Ostmark haben und bei den dortigen Polen Bestrebungen nach einer Vereinigung mit den Polen im neuen Königreich wachrufen. Aus dieser Sorge ging der gemeinsame Antrag der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen hervor, der am Montag im preußischen Abgeordnetenhause verhandelt wurde. Der Antrag verlangt militärische, wirtschaftliche und allgemeinpolitische Sicherungen für die Interessen Deutschlands in dem neuen Königreich Polen und erklärte jede Neuregelung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen Preußens für unannehmbar, die die unlösbare Vereinigung dieser Provinzen mit Preußen irgendwie gefährden könnte. In der freisinnigen wie in der Zentrumspresse war diesem Antrag nachgesagt worden, er sei teils überflüssig, weil er selbstverständliches verlange, teils gefährlich, weil er die preußischen Polen herausfordere, statt sie zu versöhnen. Wie recht die Antragsteller aber mit ihrem Vorgehen hatten, hat sich deutlich genug im Laufe der Verhandlungen über den Antrag gezeigt. Ja, es wurde klar, daß die genannten drei Parteien mit ihrem Antrage eine vaterländische Pflicht erfüllten, indem sie nachdrücklich auf die Gefahr hinwiesen, die Preußen aus einem selbständigen Königreich Polen erwächst.

Es konnte keine bessere Darlegung der Notwendigkeit dieses Antrages geben, als die Rede, mit der der Wortführer der Polen im preußischen Abgeordnetenhause, der Abgeordnete Stycznski, ihn bekämpfte. Wer da ein Wort des Dankes für die durch das Blut vieler Tausende deutscher Soldaten erkämpfte Erfüllung des Nationaltraumes der Polen erwartet hatte, wurde schwer enttäuscht. Von einem Danke keine Spur. Nur „Genugtuung" über die Anerkennung des „Rechts" der Polen brachte der polnische Redner zum Ausdruck. Aber Schlimmeres folgte. Der Redner führte Klage darüber, daß nur einem Teil des polnischen Volkes die Freiheit gegeben werde, und er wagte zu sagen, daß die Polen die jetzige Anerkennung ihrer nationalen Selbständigkeit nur als einen Schritt zur endgültigen Lösung der polnischen Frage betrachteten. Das war die nur wenig verhüllte Ankündigung einer polnischen Irredenta in der preußisch-deutschen Ostmark! Eine sichtliche Mißstimmung erfaßte bei dieser Erklärung das gesamte Parlament bis zu den Reihen der äußersten Linken. Mit Recht, denn wo bleiben all die schönen Hoffnungen auf eine Versöhnung der Polen, die die Abgeordneten Dr. Pachnicke für den Freisinn, Herold für das Zentrum zum Ausdruck brachten, gegenüber dem Geiste der Unversöhnlichkeit, der in dieser Stunde nur ein Klagelied anzustimmen wußte über die angebliche Unterdrückung der Polen in Preußen und auch die Freiheit des neuen Polenstaates nur als eine „eingebildete" gelten lassen will?

Um so erfreulicher war die Festigkeit, mit der sich der preußische Minister des Innern von Loebell zu der Notwendigkeit des Schutzes des Deutschtums bekannte. Daß kein Fußbreit preußischen Bodens preisgegeben werden wird, erklärte der Minister für eine Selbstverständlichkeit. Ob die Polen sich mit der schroffen Ablehnung jeder Versöhnung einen Dienst erwiesen haben, erscheint uns etwas fraglich. Die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses faßte die Erklärungen des Ministers als ein feierliches Gelöbnis auf, dessen strenge Erfüllung sie erwartet. Das Deutschtum in der Ostmark aber darf aus den Reden der Abgeordneten Dr. von Heydebrand, Freiherr von Zedlitz und Dr. Friedberg die Gewißheit schöpfen, daß es im preußischen Volke eines starken Schutzes sicher ist.

Vom Kriege

Der Abendbericht der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 23. November, abends.

Auf beiden Somme-Ufern starkes Artilleriefeuer, besonders nördlich der Ancre und am St. Pierre Vaast-Walde.

In der Walachei planmäßiger Fortgang der Operationen. In der Dobrudscha und an mehreren Stellen der Donau lebhaftes Feuer von Ufer zu Ufer.

Aus dem Westen

Poincare und Joffre in Lothringen.

Der „N. Zür. Ztg." zufolge meldet die „Ag. Havas", Präsident Poincare und General Joffre besuchten am Montag die Uebungslager und die Armeeschulen in Lothringen und in den Vogesen.

Kommt die Diktatur Briand?

Bern, 21. Novbr. Der schon vor einiger Zeit aufgetauchte und wieder verschwundene Plan, Briand zum Diktator Frankreichs zu machen, wird heute von seinem geschicktesten Lohnschreiber Herve in der „Victoire" wieder aufgegriffen. Herve meint, es müsse notwendig etwas geschehen, um der deutschen Zivilmobilisation ein Gegengewicht zu bieten. Die gegenwärtige Staatsmaschinerie mit ihrer faulen und unfähigen Beamtenschaft sei nicht imstande, die zahllosen Drückeberger, die sich zum Teil dicht hinter der Front, zum anderen Teil aber in Paris bis in die Ministerien hinein eingenistet haben, herauszuholen. Hierzu braucht man eine Regierung des öffentlichen Wohles mit starken Vollmachten, die das Herz hätte, vor keiner diktatorischen und reaktionären Maßnahme zurückzuschreden. „Fühlt sich die gegenwärtige Regierung", fragt Herve, „imstande, unter Kontrolle der Kammer eine solche Diktatur des öffentlichen Wohles zu übernehmen?" Kein Zweifel, daß Briand mit einem kräftigen Ja antworten wird, das womöglich kräftig genug ist, um auch die Kontrolle der Kammer auszuschalten.

Einheitsbrot und fleischlose Tage in Frankreich.

Bern, 23. Novbr. Nach „Temps" sind unter den vom französischen Ministerrat beschlossenen Maßnahmen, die sofort in Kraft treten sollen, unter anderem enthalten: die Einführung eines Einheitsbrotes, das Verbot der Herstellung aller Zuckerbäckersachen, die länger als 4 Tage haltbar sind, und die Schließung aller Fleischerläden und Schlachthäuser während zweier Wochentage.

Asquith scheut Geheimsitzungen.

Rotterdam, 23. Novbr. „Daily News" melden, daß die energische Art, wie Asquith der Abhaltung einer geheimen Sitzung des Unterhauses widerriet, das Tagesereignis sei. Dalziel und Holdhouse hatten darum gebeten, fanden aber keine allgemeine Unterstützung. Asquith teilte auf eine Frage Carsons mit, daß auch die Debatte über den Heeresersatz öffentlich sein sollte, gab aber schließlich zu, daß das Haus über die Veranstaltung einer geheimen Sitzung selber zu entscheiden hätte. Jedenfalls könne er sich über die Verluste bei dem Angriff der deutschen Torpedoflotte im Kanal nicht in einer öffentlichen Sitzung vollständig äußern. Mac Namara erklärte, daß der Verlust der Torpedojäger „Flirt" und „Nubia" näher untersucht werde, daß die Ergebnisse der Untersuchung aber nicht öffentlich erörtert werden können.

Runciman gegen Völlerei und für zwei fleischlose Wochentage.

London, 23. Novbr. „Times" erfährt, daß der Präsident des Handelsamts Runciman in einer Versammlung von Hotelwirten erklärte, er habe Weihnachtsspeisefolgen gesehen, die selbst in Friedenszeiten für überreichlich gelten würden, die aber jetzt, während England und seine Bundesgenossen sich im Kriege befänden, einfach ein Skandal seien. Es könnte nicht gestattet werden, daß dieser Zustand länger fortdauere. Die Speisefolgen müßten sehr vereinfacht werden, und außerdem müßten zwei fleischlose Tage pro Woche eingeführt werden, an denen weder Fleisch noch Fisch angeboten werden dürfe. Der Verbrauch an eingeführten Lebensmitteln müsse stark eingeschränkt werden, denn die Schwierigkeiten mit der Schiffahrt würden zunächst nicht abnehmen. Auch die Restaurants und Teehäuser seien von diesen einschränkenden Bestimmungen nicht auszunehmen. Zum Schlusse erklärte Runciman, daß die Regierung, wenn die Wirte nicht aus eigenem Antrieb etwas täten, gezwungen sein würde, selbst entsprechende Maßregeln zu treffen. Auch an die Zuckerbäcker wandte sich Runciman mit der Aufforderung, den Zuckerverbrauch einzuschränken.

Englands Kartoffelernte in Gefahr.

Unter schlechtem Wetter hat die englische Kartoffelernte sehr gelitten. Der Schaden war groß, da die Kartoffelkrankheit sich mit beängstigender Geschwindigkeit verbreitete. Wegen des Ausfalls an Kartoffeln stiegen die Preise. In Irland, dessen Bevölkerung hauptsächlich auf Kartoffeln angewiesen ist, beträgt die Kartoffelernte nicht ganz zwei Drittel einer Durchschnittsernte. Dabei ist ein sehr hoher Prozentsatz der Kartoffeln krank. Das englische Ackerbauamt hat an die Landwirte eine Aufforderung erlassen, keine Kartoffel, die zur menschlichen Ernährung geeignet ist, als Schweinefutter zu benutzen. Die englische Regierung steht der Kartoffelnot ratlos gegenüber. Man plant ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln aus Irland. Das wird jedoch nicht viel helfen. Englands Lage wird immer bedenklicher: Getreidenot, Kartoffelnot, Maisnot bedrohen seine Volkswirtschaft. Die Zeit rückt immer näher heran, die der englische Getreidestatistiker Broomhall schon vor 20 Jahren seinen Landsleuten voraussagte, es werde eine Zeit für England kommen, da man nicht mehr zwei Parteien wie früher, Konservative und Liberale, sondern nur noch eine Partei finden werde — die Partei der Hungernden.

Der Bergarbeiterstreik in Australien.

Amsterdam, 23. Novbr. Reuter meldet unterm 15. November aus Sydney: Infolge des Bergarbeiterstreiks hat die Regierung die Kontrolle der Elektrizitäts- und Gasversorgung von Sydney übernommen, um Vorräte für die notwendigen Industrien, Bäckereien und Schlachthäuser zu reservieren. Man nimmt an, daß morgen ungefähr 1500 Fabriken, Theater und Zeitungsbetriebe, die im ganzen ungefähr 20000 Mann beschäftigen, schließen werden. Unter der Regierungskontrolle werden die Vorräte ungefähr 14 Tage ausreichen, während sonst die Elektrizitätsversorgung am Montag, die Gasversorgung am Donnerstag eingestellt werden müßten.

Aus dem Osten

An der österreichisch-ungarischen Ostfront

ist — wie schon aus dem gestrigen Bericht unserer Obersten Heeresleitung hervorgeht — an die Stelle des Erzherzogs Carl (nunmehr Kaiser Karl I.) dessen Oheim, Erzherzog Josef, getreten.

Der österreichische Generalstab berichtet:

Wien, 23. November.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

An der unteren Cerna haben wir auf dem linken Ufer Fuß gefaßt. Sonst aus der Walachei nichts zu melden. An der ungarischen Ostgrenze und in den Waldkarpathen war die Aufklärungsarbeit reger.

Versagen der gehobenen Untermilitärs in Rußland.

Stockholm, 23. Novbr. Ein Ukas des Zaren an die Hauptvereinigung der Kriegs- und Marinegerichte besagt: Während der Kriegszeit ernannte Reserveofficiere (aus den Untermilitärs hervorgegangene Offiziere) vernachlässigen täglich mehr den Ehrenkodex des russischen Offizierkorps und setzen dadurch den ganzen russischen Offizierstand in der öffentlichen Achtung herab. Da hierin unter den jetzigen Umständen eine schwere Gefährdung der öffentlichen Ruhe gesehen werden muß, ordnen wir an, daß diesen wegen aller Vergehen, deretwegen sie bisher vor ein Ehrengericht gestellt wurden, der Offiziersrang aberkannt und sie zu Gemeinen degradiert werden sollen, auch wenn das Gesetz eine geringere Strafe vorschreibt. Ausgenommen jedoch bleiben die aus der Militär-Infanterieschule hervorgegangenen Junker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0001

Die russischen Militärbehörden schaffen sich hierdurch in den gegenwärtigen unruhigen Zeiten eine willkommene Möglichkeit, die aus den unteren Klassen hervorgegangenen politisch unsicheren Offiziere zu entfernen, was andererseits den Schluß gestattet, daß deren Einfluß auf die Mannschaften nicht in dem amtlich gewünschten Sinne geübt wird.

„Friede um jeden Preis."

Stockholm, 23. Novbr. Ueber die erste Dumasitzung schreibt die „Rietsch": Jedes Wort platzt wie ein Schlag in das allgemeine Tohuwabohu hinein. Kein Deputierter ist auf seinem Sitze geblieben, alles stürzt vor die Rednertribüne, wo die Erregung sich in einem richtigen Handgemenge entlädt. In der allgemeinen Bewegung wird der Parteistandpunkt des einzelnen oft vergessen; ein ultrakonservativer Bauer spendet dem Deputierten Schulgin von den Nationalprogressisten lärmenden Beifall. Der Führer der Rechten Markow stürzt sich auf ihn und verbietet den Applaus. Schulgin, selbst ein ergebener Englandfreund, brachte sensationelle Enthüllungen über die Zuspitzung der englisch-russischen Beziehungen: er gehöre nicht zu den gewohnheitsmäßigen Bekämpfern der Regierung, er halte sogar eine schlechte Regierung für besser als die Anarchie, aber die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung hätten die Grenze erreicht, daß die Flucht in die Oeffentlichkeit die einzige Rettung sei. Er erhebe gegen die Regierung die schwere Beschuldigung, daß sie Strömungen unterstütze, die für einen sofortigen Frieden sind. „Blicft heute auf das Volk: überall ist die Kriegslust gänzlich verschwunden. Das russische Volk will gebieterisch Frieden um jeden Preis. Aus den Friedensbestrebungen datiert dieser verhängnisvolle Haß auf England, der sich in allen großen Städten in lärmenden Demonstrationen entlud. Woher dieser Haß? Klare Anzeichen liegen vor, daß er an jenen Stellen gesät wird, von denen alle Mißgunst und Zwietracht ausgeht. Ich erhebe gegen die Regierung die schwere Anklage, daß sie eine Politik zu beenden außerstande ist, die sie selbst begonnen hat." Die Kriegszieldebatte wurde dann weitergesponnen durch den lettischen Abgeordneten Goldmann, Vertreter des kurländischen Gouvernements, welcher sagte: Mit großer Bestimmtheit kursieren Gerüchte, daß die Regierung bereit wäre, wenn es zum Frieden käme, Kurland abzutreten, eine Forderung, die apodiktisch von allen deutschen Politikern erhoben werde. Er erhebe Protest gegen diese Behauptungen; Rußland könne Kurland, wo die deutsche Bevölkerung nur 5 Prozent ausmache, nicht entbehren. Gewiß, die Dardanellenfrage sei wichtig, aber das Baltische Meer sei viel unentbehrlicher. Die im russischen Volke herrschende Friedensstimmung wurde weiter auch vom Kadetten Maklakow geschildert: Die drohende Gefahr sei nicht die Versorgungskrisis; in Rußland sei etwas geschehen, der Geist des Volkes habe sich verändert, die Strömungen seien gänzlich anders geworden, überall werde von der Sehnsucht nach Frieden gesprochen, nirgends bestehe mehr der feste Wille, durch den Krieg politische Ziele zu erreichen. Die verzweifelte Losung sei in aller Munde: Je schlechter es an der Front geht, desto besser — denn dann kommt der Frieden! Die Regierung zeigte gegenüber diesen Ergüssen größte Gleichgültigkeit. Der Zensurstrich verwandelt mit einem Strich für das russische Volk die Deputiertenreden in — Schweigen!

Der Krieg gegen Italien

Italienischer Salat.

Lugano, 23. Novbr. Auffallend spärlich erschienen in Italien Aeußerungen zur bevorstehenden Parlamentssitzung. Am meisten wird die Frage erörtert, ob Giolitti in der Kammer erscheinen wird oder nicht. Die „Italia" würde sein Auftreten als ein Zeichen wirklicher Einigkeit begrüßen. Die nationalistischen Blätter rasen bei dem bloßen Gedanken. Der „Secolo" druckt einen Artikel des „Giornale dei Lavori Pubblici" ab, in welchem vor parlamentarischen Verschwörungen gegen den inneren Frieden und die Regierung gewarnt wird, die von den offiziellen Sozialisten, den Giolittianern und Klerikalen vorbereitet würden und insbesondere gegen Sonnino wegen seiner englischen Politik und gegen die Minister Bissolati und Bonomi gerichtet seien. Es zirkuliere ein geheimes Manifest des Katholikenführers Grafen Della Torre, das geradezu den Aufruhr gegen den Burgfrieden predige. Die klerikale „Italia" spricht die Hoffnung aus, daß in der Kammer Bissolati sich wegen seiner Rede in Cremona werde verantworten müssen und meint, daß die nationale Einigkeit nicht über das Programm des nationalen Krieges hinausgehe. Sie hofft auf ausreichende Regierungserklärungen und erinnert daran, daß Salandra über seine Weigerung, solche Erklärungen abzugeben, fiel. Der „Avanti" bezweifelt geradezu, daß die Kammer überhaupt einberufen wird, da die Regierung bei ihrer Schwäche es nicht wagen könne.

Die Lage auf dem Balkan

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 22. Novbr. An der mazedonischen Front zwischen Ochrida- und Prespasee Gefechte zwischen Vorposten. Die nördlich Bitolia vorrückende feindliche Infanterie wurde zurückgeworfen. Im Cernabogen scheiterten alle erbitterten Angriffe des Feindes auf Höhe 1050 östlich Paralowa an dem hartnäckigen Widerstande deutscher Gardeschützen. Südlich wurde durch unser Artilleriefeuer ein feindliches Flugzeug abgeschossen, das in Flammen hinter den feindlichen Linien niederfiel. Beiderseits des Wardar, am Fuße der Balasica Planina und an der Strumafront schwaches Artilleriefeuer. An der Küste des Aegäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau in einigen Abschnitten nur Infanterie- und Artilleriefeuer. Die Rumänen versenkten ihre Transportschiffe auf der Donau und zerstörten eine Brücke bei dem Hafen Corabis. In dieser Stadt legten sie Feuer an die Karläschenlager.

In der Dobrudscha schwache Artillerietätigkeit. Vorpostengefechte auf unserem rechten Flügel. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

600 000 Russen in Rumänien.

Nach schweizerischen Meldungen aus London berichtet „Chronicle" aus Petersburg: Die Verstärkungen Rußlands für Rumänien übersteigen 600 000 Mann. (!) Wendung auf dem rumänischen Kriegsschauplatz sei jedoch ausgeschlossen, als Rumänien nicht genügend Munition von den Alliierten erhalte.

Zur Lage in Griechenland.

Bern, 23. Novbr. „Temps" meldet aus Saloniki: Französische Abteilungen besetzten die Dörfer der neutralen Zone. Die königstreuen griechischen Truppen weigerten sich, aus den Dörfern abzuziehen; sie gaben an, sie hätten noch keinen entsprechenden Befehl aus Athen erhalten.

Amsterdam, 23. Novbr. „Times" meldet aus Athen, der Justizminister sei zurückgetreten. In einigen Kreisen glaube man, daß das Kabinett stürzen werde, wenn die Auslieferung des von den Alliierten verlangten Kriegsmaterials endgültig verweigert werde. Nach einer anderen Meldung der „Times" aus Athen hätten die vier Gesandten der Mittelmächte zugestimmt, die Lage der griechischen Regierung durch ihre Abreise zu erleichtern. Es verlautet, daß die Regierung der Forderung nach Auslieferung des nicht benötigten Kriegsmaterials nicht nachgeben werde, und zwar mit der Begründung, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität dadurch leiden und die Gefahr eines Aufstandes unter der militärischen und der Zivilbevölkerung entstehen würde; falls Admiral Fournet das Geforderte mit Gewalt nehme, werde dagegen Widerstand geleistet werden.

Der Protest Deutschlands.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Wie der griechische Gesandte mitteilt, hat der französische Befehlshaber der vereinigten Seestreitkräfte der Entente in den griechischen Gewässern den Gesandten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens notifiziert, daß sie mit dem Personal ihrer Gesandtschaften und Konsulate sofort den griechischen Boden zu verlassen hätten. Deutschland hat bei Griechenland und sämtlichen anderen neutralen Staaten, sowie Frankreich und England gegen diese Verhöhnung des Völkerrechts, der freien Willensbestimmung eines neutralen Staates und der elementarsten Grundsätze internationaler Gesittung schärfste Verwahrung eingelegt.

Die Abreise der Diplomaten.

Reuter meldet aus Athen: Die feindlichen Gesandten sind mit ihrem Personal auf einem griechischen Dampfer, der ihre Flagge führt, nach Kamalla gefahren.

Bern, 22. November. Mailänder Blätter melden aus Athen, die Gesandten der Mittelmächte hätten um eine Abschiedsaudienz beim König nachgesucht. Sie hätten erklärt, daß die Maßnahme der Entente keine Verantwortlichkeit für die griechische Regierung zur Folge habe und ebenso wenig ein feindlicher Akt Griechenlands sei. Die Gesandten Griechenlands bei den Mittelmächten würden auf ihren Posten bleiben.

Weitere Ausweisungen aus Athen.

„Daily News" melden aus Athen: Am Mittwoch haben zwanzig Untertanen feindlicher Staaten den Befehl erhalten, gleichzeitig mit den feindlichen Gesandten Athen zu verlassen. Unter ihnen befindet sich der Leiter der deutschen Schule. Ueber die Angelegenheit der Auslieferung von Kriegsmaterial an die Verbündeten erfährt der Berichterstatter, daß die Verbündeten wahrscheinlich bald ein Ultimatum an das Kabinett richten werden, das dann wohl zurücktreten und von einem nationalen Ministerium ersetzt werden dürfte.

Das Volk murrt.

Die „Frkf. Ztg." meldet aus dem Haag: Man erwartet allgemein, daß die Entente ein Ultimatum an das Kabinett richten werde, daß dieses zurücktreten und ein nationales Ministerium gebildet werde. Das Morgenblatt des Reservistenbundes fordert den König auf, die Auslieferung der Munition und der Massen an die Entente zu verweigern. Das Blatt erklärt, das Volk wünsche der Gewaltherrschaft und Anmaßung der Entente ein Ende zu bereiten. Admiral Fournet hat den Behörden von diesem Artikel Kenntnis gegeben. Er werde Maßregeln treffen, um die Arsenale zu überwachen.

Der Seekrieg

9 englische Truppentransportdampfer in 6 Monaten versenkt.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Wie aus London bekannt wird, sind nach englischen Aufzeichnungen in den letzten sechs Monaten die folgenden Transportdampfer mit je mehr als tausend Mann Truppen verloren gegangen, von denen einige bereits als versenkt gemeldet worden sind: Die englischen Dampfer „Royal" (3823 To.), „Edward Southland" (11899 To.), „Namazan" (3477 To.), „Mercian" (6905 To.), „Woodfield" (3584 To.), „Margarite" (7060 To.), die französischen Dampfer „Calvados", „Provence II" (3950 To.) und „Gallia" (14 966 To.).

Weitere Schiffsverluste.

London, 23. November. Die englische Bark „Granada" und der norwegische Dampfer „City of Mexiko" wurden versenkt.

Deutsche U-Boote versenkten ferner folgende französische Segler: „Notre Dame de Bonsecours", „Fanelin", „Larothe", „Jacqualeine", „Alcyon", „Eugene" und „Petit Jean". Drei der Schiffe waren mit Kohlen nach Frankreich beladen.

Amsterdam, 23. November. In englischen Blättern wird der griechische Dampfer „Styliany" (3600 To.) als versenkt angegeben.

London, 17. November. Das Schiff „Joannis" ist gestrandet. Der britische Dampfer „Macaraggia" wurde von der Besatzung aufgegeben.

Amsterdam, 23. November. Wie aus London berichtet wird, ist der griechische Dampfer „Aparti" gesunken. Drei Personen sind umgekommen.

Zum Untergang der „Britanni".

London, 23. November. (Reuter.) An Bord der „Britannic" befanden sich keine Verwundeten, nur die Besatzung und das Sanitätspersonal.

Ein japanisches U-Boot explodiert.

Stockholm, 23. Novbr. Ein japanisches Unterseeboot explodierte im Japanischen Meere. Die Mehrheit der Besatzung wurde von einem Kreuzer geborgen, darunter zwei Tote und 16 Verwundete.

Die Neutralen

Amerika verproviantiert seine Missionen bei den Zentralmächten.

London, 23. Novbr. „Daily Tel." meldet aus Newyork, Amerika habe beschlossen, die Lebensmittelversorgung des amerikanischen diplomatischen und Konsularpersonals in den Ländern der Mittelmächte selbst in die Hand zu nehmen und habe zu diesem Zwecke einen großen Vorrat von zahlreichen Lebensmitteln mit dem holländischen Dampfer „Noordam" abgeschickt. Die Lebensmittel würden in Deutschland und Oesterreich-Ungarn eingelagert und unter die amerikanischen Beamten verteilt werden.

Deutsches Reich

Politische Rundschau

Keine Herabsetzung der Höchstpreise für Schlachtrinder bis 1. Juni 1917.

In verschiedenen Zeitungen waren Mitteilungen von einer weiteren Herabsetzung der Rinderhöchstpreise erschienen. Dazu meldet die Dtsche. Tagesztg.: „Es ist dem Königlich Preußischen Landesfleischamt vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes mitgeteilt worden, daß eine Herabsetzung der Höchstpreise für Schlachtrinder bis zum 1. Juni 1917 nicht erfolgen würde. An dieser Zusage ist, wie uns geschrieben wird, nicht zu rütteln."

Ausland

Neuregelung des Heimatsrechtes in Dänemark.

Der Minister des Auswärtigen legte dem Landsthing eine Gesetzesvorlage betreffend Aenderung des Heimatrechtes von 1898 vor, durch welche die Entscheidung, betreffend die Militärpflicht der Heimatlosen betroffen wird, so daß zukünftig kein heimatloser Militärpflichtiger nach dem deutschen Wehrgesetze von 1913 zum deutschen Kriegsdienste eingezogen werden kann. Die Vorlage, die in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen angenommen worden ist, ist dem Folkething überwiesen worden.

Aus Stadt und Umgebung

Eine Stadtverordnetenversammlung

findet am Montag statt. Vergl. Bekanntmachung.

Zuckerhöchstpreise im Kleinhandel

sind für den Kreis Merseburg wie folgt festgesetzt: das Pfund Melis (gemahlener Zucker) 32 ₰, gemahlene Raffinade 35 ₰, Würfelzucker 36 ₰. Vergl. Bekanntmachung.

Kriegszulage für Volksschullehrer.

Wie wir erfahren, werden den Volksschullehrern in gleicher Höhe wie den unmittelbaren Staatsbeamten nach den für die Bewilligung laufender Kriegsbeihilfen an die Volksschullehrer maßgebenden Grundsätzen einmalige Kriegsteuerungszulagen aus der Staatskasse gewährt werden.

Die Teuerungszulagen der Beamten.

Das preußische Finanzministerium erläßt im Reichsanzeiger folgende Bekanntmachung:

1. Zu Anfang des Monats Dezember 1916 sind neben den bisherigen laufenden Kriegsbeihilfen einmalige Kriegsteuerungszulagen nach folgenden Grundsätzen zu zahlen:

Etatsmäßig angestellte Staatsbeamte mit einem Diensteinkommen bis 4500 Mark einschließlich, sowie ständig gegen Entgelt beschäftigte — außeretatsmäßige — Staatsbeamte mit einem Diensteinkommen bis 4800 M einschließlich erhalten,

wenn sie unverheiratet sind	40 M
„ „ verheiratet sind, aber keine Kinder unter 15 Jahren oder nicht solche älteren Kinder im Alter bis zum vollendeten 18. Jahre, dk — ohne eigenes Einkommen — sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden, zu unterhalten haben (vgl. Nr. 2) . . .	60 M
„ „ 1 Kind haben (vgl. Nr. 2)	90 M
„ „ 2 Kinder haben (vgl. Nr. 2)	120 M
„ „ 3 Kinder haben (vgl. Nr. 2)	150 M
„ „ 4 Kinder haben (vgl. Nr. 2)	180 M
„ „ 5 und mehr Kinder haben (vgl. Nr. 2)	200 M

2. Grundsätzlich sind nur Kinder bis zu 15 Jahren zu berücksichtigen. Soweit aber ein oder mehrere Kinder bis zum 18. Lebensjahre, die — ohne eigenes Einkommen — sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden, von dem Beamten unterhalten werden, erhält dieser gleichfalls die einmalige Kriegsteuerungszulage.

3. Hinsichtlich der Beamten, die infolge ihrer Beschäftigung bei dem Heere oder der Marine usw. über ihre Friedensbezüge hinaus bereits Zulagen erhalten, verbleibt es bei den für die laufend zu gewährenden Kriegsbeihilfen aufgestellten Grundsätzen. Sind die Beamten erst seit dem 1. Oktober 1916 bei dem Heere oder der Marine usw. unter der erwähnten Voraussetzung beschäftigt, so erhalten sie gleichwohl die einmaligen Kriegsteuerungszulagen.

Die für die laufend zu gewährenden Kriegsbeihilfen aufgestellten Grundsätze bleiben auch dafür maßgebend, was als Diensteinkommen der Beamten für die Gewährung der einmaligen Kriegsteuerungszulagen anzusehen ist.

4. Verwitwete oder geschiedene Beamte, die überhaupt keine Kinder zu erhalten haben, sind den unverheirateten Beamten gleichzustellen und wie diese mit einmaligen Kriegsteuerungszulagen zu bedenken, gleichgültig, ob der Beamte einen eigenen Haushalt hat oder nicht. Soweit ein verwitweter oder geschiedener Beamter ein oder mehrere Kinder über 18 Jahre, die nicht selbständig erwerbstätig sind, im gemeinsamen Haushalt unterhält, wird er den kinderlos verheirateten Beamten gleichgestellt und erhält die für diese maßgebende einmalige Zulage (60 M).

5. Die einmaligen Kriegsteuerungszulagen sind nach den vorstehenden Grundsätzen auch an die höheren Beamten zu zahlen, desgleichen an die Lohnangestellten höherer Ordnung.

6. Die den Beamten gezahlten einmaligen Kriegsteuerungszulagen sind in der Rechnung jeder in Betracht kommenden Verwaltung als außeretatsmäßige Ausgaben nachzuweisen, die einmaligen Kriegsteuerungszulagen der Lohnangestellten höherer Ordnung bei den Lohnfonds.

Bis zum 10. Januar 1917 ist, getrennt für Beamte und für Lohnangestellte höherer Ordnung, die Höhe der gezahlten einmaligen Teuerungszulagen kurz anzuzeigen.

Die Wiener Operetten- und Schauspiel-Gesellschaft,

welche sich auf ihrer großen Tournee durch Deutschland befindet, ist am Donnerstag, den 30. November in Müllers Hotel zu Gast und bringt uns den Volksschlager: „Wenn einst der Friede wiederkehrt". In Wien und Budapest, sowie in vielen anderen größeren Städten hat dieser packende Schlager lange Zeit das Repertoir beherrscht u. ausverkaufte Häuser erzielt. Die ungemein spannende Handlung, die scharf ausgeprägten Charaktere u. nicht zuletzt die famosen, einschmeichelnden Melodien, die reizenden Tänze haben dem Werk einen Siegeszug verschafft, der ihm auch in hiesiger Stadt treu bleiben wird. Die Wiener Operetten- und Schauspiel-Gesellschaft ist nicht zu verwechseln mit anderen reisenden Gesellschaften, vielmehr ist es ein erstklassiges und künstlerisches Unternehmen, und kein Theaterfreund sollte die Gelegenheit versäumen, sich „Wenn einst der Friede wiederkehrt" anzusehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0002

Erleichterung der Abgabe von Bezugsscheinen.

Der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Geheimrat Beutler, erläßt eine Bekanntmachung, wodurch die Abgabe von Bezugsscheinen erleichtert wird. Dadurch wird einzelnen Gemeinden und gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen gegeben, falls sie folgenden Bedingungen beobachten:

a) Getragene Kleidung und Wäschestücke dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen nur unentgeltlich erwerben und unentgeltlich nur an die Verbraucher und nur gegen Bezugsschein veräußern, entgeltlich nur an die demnächst von der Reichsbekleidungsstelle zu bestimmenden Annahmestellen.

b) Sämtliche anderen bezugscheinpflichtigen Web-, Wirk- und Strickwaren dürfen diese Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sowohl entgeltlich wie auch unentgeltlich nur gegen Bezugsschein an die Verbraucher veräußern. Für Behörden, auf welche die Vorschrift in Ziffer 7 der Erläuterung 4 der Reichsbekleidungsstelle vom 21. August Anwendung findet, gilt auch hier die in dieser Vorschrift gewährte Erleichterung. Sie haben aber auch hier die Verpflichtung, jede Abgabe eines bezugscheinpflichtigen Gegenstandes, der für den Abnehmer zuständigen Abfertigungsstelle von Bezugsscheinen anzuzeigen.

c) Die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen müssen die Gewähr übernehmen, daß von ihnen lediglich gebrauchsfähige Oberkleidungsstücke gegen Abgabebescheinigung angenommen werden.

d) Die Gemeinden oder gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen sind verpflichtet, der Reichsbekleidungsstelle auf Anfordern ihren Bestand an getragenen Kleidungs- oder Wäschestücken anzugeben und diese bis zu einem Drittel des jeweiligen Bestandes der Reichsbekleidungsstelle gegen Erstattung der Aufwendungen käuflich zu überlassen. Ueber die gehabten Aufwendungen entscheidet die Reichsbekleidungsstelle endgültig. Die Möglichkeit der entgeltlichen Abgabe von Oberkleidung wird durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung geregelt werden.

Anfragen in dieser Angelegenheit sind an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung E für Ersatzstoffe, Berlin W. 56, Markgrafenstraße 42, zu richten.

Literarisches

Weihnachtshefte für unsere Soldaten hat auch in diesem Jahr der Verlag von Martin Warneck in Berlin wieder herausgegeben und zwar:

D. Lahusen, Licht, Liebe, Leben. Ein Wort an die Brüder im Felde. Weihnachten 1916.

D. Dr. Conrad, Zur dritten Kriegsweihnacht. Ein Weihnachtsgruß für Heer und Flotte.

Pfr. H. Priebe, Das Leben ist erschienen. Eine Weihnachtsprediget für unsere Brüder im Felde.

Pfr. Ed. Le Seur, Dennoch! Ein Weihnachtsgruß an unsere Brüder im Felde. Preis 10 Pfg. 100 Hefte M. 8.— Wir empfehlen diese Hefte bestens als Gruß ins Feld und in die Lazarette. Die Verfasser verstehen es, zu den Brüdern draußen zu reden. Jeder Weihnachtssendung sollte man solch Heftchen beilegen. Vor allem aber sollten politische und kirchliche Korporationen sie sich in größeren Massen kommen lassen und sie den Weihnachtsgrüßen beilegen. Es sollte eigentlich jeder Soldat draußen eins dieser Hefte bekommen. Man überweise größere Posten den Regimentern, Soldatenheimen und Lazaretten.

Aus Provinz und Reich

Das Eiserne Kreuz.

Schkeuditz, 24. Novbr. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen dem Kanonier Hermann Dorn und an Rudolf Müller, einen Pflegesohn der Frau Kaczmarek hier.

Wehlitz, 24. Novbr. Dem Gefreiten Artur Zimmermann, an der Somme mitkämpfend, ist das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden.

Zusammenstoß.

Königsberg i. Pr., 23. Novbr. Am Bußtag, abends 6,20 Uhr, stieß auf Bahnhof Zinten ein Rangierzug mit dem aus Allenstein in den Bahnhof einfahrenden Personenzug 779 zusammen. Ein Postbeamter wurde schwer, zwei Reisende und vier Eisenbahnbedienstete leicht verletzt. Der Schwerverletzte wurde nach Königsberg in die Klinik überführt. Der Verkehr wird an der Unfallstelle durch Umsteigen aufrecht erhalten. Es liegt ein Verschulden des Personals der Rangierabteilung vor.

Gerichtszeitung

Merseburger Schöffengericht vom 23. November.

Merseburg, 23. Novbr. **Freispruch.** Der Arbeiter G. und sein Sohn, beide aus N., wurden von der Anklage des Felddiebstahls freigesprochen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten, dem sie dann dasselbe Anliegen in seinem Papiergeschäft vortrug. Das war der Käuferin doch zu toll; sie ging zur Polizei und ließ die verdächtige Wurst untersuchen. — Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. — Der Angeklagte bestritt entschieden, daß die Wurst verdorben gewesen sei und behauptete, daß die Zeugin gleich sehr lärmend aufgetreten sei. Die Wurst habe sehr viele Liebhaber gefunden, stamme aus Schweden, sei eine sogenannte Dauerwurst, bestehend aus Renntier- und Schweinefleisch; das Renntierfleisch habe einen eigenartigen Wildgeruch. — Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe, hilfsweise 100 Tagen Gefängnis.

Fett- und Fleischversorgung.

Zu Anfang des Krieges gab es nicht wenige Leute, und darunter sogar Professoren von Ruf, die bereit waren, alles zu beweisen, was auch immer man von ihnen verlangte. Mancher Artikel ist gewiß noch frisch in Erinnerung, indem die Behauptung aufgestellt und mit großem Aufwand wissenschaftlicher Ausdrücke zu beweisen versucht wurde, daß der Mensch ganz gut auch ohne den Genuß von Fett auszukommen vermöge. Diese falschen Propheten sind heute verstummt. Die Erfahrung zweier Kriegswinter mit ihren Fettmangel hat unwiderleglich gelehrt, daß es kaum einen wichtigeren Stoff für den menschlichen Organismus gibt, als das Fett, das sich so ziemlich als das unentbehrlichste Nahrungsmittel erwiesen hat. Die Hauptsorge der Regierung sowohl wie unserer Landwirtschaft läuft denn auch darauf hinaus, die Produktion von Fett aller Art auf jede nur mögliche Weise zu fördern, und es ist ja durch schärfste organisatorische Maßnahmen auch in der Tat gelungen, der gesamten Bevölkerung eine gewisse Menge Fett pro Kopf zu sichern und zuzuweisen. Aber freilich, diese Ration ist viel zu gering, um dem Bedarf des Organismus an Fett zu genügen. Man hoffte zwar durch eine Steigerung der Schweinemast in diesem Winter eine Vermehrung derselben herbeizuführen, aber durch diese Rechnung machte der schlechte Ausfall der Kartoffelernte, einen dicken Strich. Immerhin dürfte die gesteigerte Aufzucht der Schweine sowie des Rindviehs allmählich eine nicht unwesentliche Verbesserung wenigstens auf dem Fleischmarkte herbeiführen, sodaß die Fleischportionen der Bevölkerung etwas erhöht werden dürften. Der Mangel an Fett dagegen wird weiter bestehen bleiben, da ohne ausreichende Gaben von Kraftfutter weder Schweine noch Rinder ausgemästet werden können.

Nur beim Schafe besteht die Möglichkeit, auch ohne Kraftfutter ein fettreiches Produkt zu erhalten. Fette Hammel sind schon bei einem guten Weidegang oder auch durch gutes Dürrfutter zu erzielen, und solches Hammelfleisch wäre durchaus geeignet, dem Fettmangel, unter dem die Bevölkerung leidet, bis zu einem gewissen Grade abzuhelfen. Merkwürdigerweise hat sich nun die öffentliche Aufmerksamkeit weitmehr der Schweinezucht, die doch weit abhängiger von den Faktoren der Getreide- und Kartoffelernte ist, als der Schafzucht zugewendet, und auch die Regierung hat mindestens in dem ersten Jahre des Krieges keineswegs mit der erforderlichen Voraussicht und dem notwendigen Nachdruck auf die Hebung der Schafzucht hingearbeitet. Trotz der schlechten Futterernte im vorigen Jahre wäre es wohl möglich gewesen, weit größere Schafbestände durchzuhalten, als in Deutschland vorhanden sind, wenn nur überall sowohl die private als die fiskalische Weidegelegenheit freigegeben und gehörig ausgenutzt worden wäre. Und in diesem Jahre, mit seiner vortrefflichen Futterernte, hätte dann die deutsche Fleisch- und Fettverlorgung zu einem wesentlichen Teile durch unsere Schafzucht gedeckt werden können. Dies ist leider nicht geschehen und noch immer trotz aller Kriegserfahrungen erscheint die Schafzucht ein Stiefkind sowohl der Regierung als auch des öffentlichen Interesses zu sein.

Bis in das zweite Drittel des vorigen Jahrhunderts war Deutschland eines der größten schafzüchtenden Länder der Erde, und versorgte mit seiner Wolle und seinem Fleische nicht nur den heimischen Markt, sondern konnte daneben auch noch größere Mengen exportieren. Noch in den 80iger Jahren wurden über 1 Million Hammel an die europäischen Industriestaaten, England, Frankreich und Belgien abgegeben. Im Jahre 1902 war diese Ausfuhr auf 150 000 Stück herabgesunken. Daran war in der Hauptsache der Rückgang der heimischen Schafzucht schuld, denn während wir 1873 noch 28 Millionen Stück Schafe besaßen, ging ihre Zahl auf nicht ganz 8 Millionen im Jahre 1904 zurück und ist seitdem noch weiter gefallen.

Die kritische Zeit für die deutsche Schafzucht lag in der Mitte der siebziger Jahre, als Bismarck zum Zollschutzsystem überging. Neben den Körner- und Hackfrüchten der landwirtschaftlichen Produktion wendete sich das Hauptinteresse dem Schutze unserer Industrie zu, die durch Schutzzölle lebens- und wettbewerbsfähig gemacht werden sollte. Für unsere Spinnereien war aber ein Wettbewerb mit den billigeren ausländischen Produkten nur möglich, wenn die deutsche Wolle einen sehr niedrigen Preis erhielt. Sie wurde daher ohne Zollschutz gelassen und bei der Konkurrenz der begünstigten australischen und amerikanischen Landstriche sanken seitdem die Wollpreise von 1,80 Mk. für das Pfund Rohwolle auf 35 Pfennig hinab. Das Ergebnis war, daß allein in der Zeit von 1882 bis 1895 205 476 landwirtschaftliche Betriebe die Haltung von Schafen aufgaben. Hiermit war eine Abnahme des Schafbestandes um etwa 10 Millionen Stück verbunden. Seitdem ist die Zahl der Schafe in Deutschland noch weiter gesunken.

Daß mit dieser Entwickelung zugleich der Ruin von vielen hunderttausend landwirtschaftlichen Betrieben in Mittel- und Westdeutschland verbunden war, die bei ihren kalten und armen Böden völlig auf die Schafzucht angewiesen waren, sei nur nebenbei erwähnt. Für uns hat heute nur der Umstand Interesse, daß in den sechziger Jahren ungefähr viermal soviel Schafe in Deutschland gehalten wurden als heute, nämlich 29,7 Millionen gegen nicht ganz 8 Millionen Stück im Jahre 1904. Neben dem scharfen Rückgang der Wollpreise trägt daran auch die zunehmende Schwierigkeit des Weideganges infolge des Verschwindens der Brachen aus dem Ackerbaubetriebe, des Ablösens der Weidegerechtsame und der Auflösung von Brachländereien die Schuld. Aber auch diese Schwierigkeiten sind doch keineswegs so umfangreich und unüberwindlich, daß sie einen so gewaltigen Rückgang der Schafzucht zu rechtfertigen vermöchten.

Der Regierung bietet sich hier ein äußerst dankbares Feld zur Betätigung. Würde sie im gleichen Maße ihr Interesse der Schafzucht zuwenden, wie sie es fortgesetzt der Schweine- und Rindviehzucht gegenüber bekundet, würde sie für lohnende und feste Preise für Wolle und Schaffleisch sorgen, so bestände wohl kein Zweifel, daß sich die Zahl der Schafe in Deutschland binnen weniger Jahre bedeutend vermehren würde. Die Förderung der Schafzucht empfiehlt sich aus jedem Gesichtspunkt heraus.

Sie liefert drei Produkte, deren außerordentlichen Wert uns gerade die Erfahrungen dieses Krieges wieder eindringlich gelehrt haben, nämlich: Fleisch, Fett und Wolle. Dazu kommt — und das verdient vor allem hervorgehoben zu werden — daß das Schaf ein in der Nahrung besonders genügsames und leicht zu befriedigendes Tier ist und niemals, wie z. B. das Schwein, als der Nahrungskonkurrent des Menschen auftritt, oder wie das Rindvieh zur Erzielung von Höchstleistungen von nicht in der eigenen Wirtschaft gewonnenem Kraftfutter abhängig ist. Das Gras, das heute auf der Brache und in den Forsten unbenutzt verdirbt, könnte bei Ausnutzung als Schafweide uns ungeahnte Mengen Fleisch und Fett liefern. Der Schafzucht aufzuhelfen wäre besonders während der Kriegszeit eine hohe wirtschaftliche Pflicht gewesen, und sie hätte mit allen möglichen Mitteln in Angriff genommen werden müssen. Man säume daher nicht, nachzuholen, was für die Lebenshaltung unseres Volkes eine Angelegenheit von höchster Wichtigkeit bedeutet.

Wettervoraussage

Sonnabend, den 25. November: Vorwiegend heiter, etwas kühler.

Letzte Depeschen

Orsova und Turn Severin genommen.

Großes Hauptquartier, 24. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Im Ypern- und Wytschaete-Bogen lebte zeitweilig die Feuertätigkeit auf.

Nördlich der Ancre setzte nachmittags starkes Feuer ein, das auch auf das Südufer übergriff.

Mehrere Angriffe der Engländer erreichten nirgends unsere Stellung; meist brachen sie verlustreich schon im Sperrfeuer zusammen.

Im St. Pierre Vaast-Walde und südlich der Somme bis in die Gegend von Chaulnes war bei guter Sicht der Artilleriekampf heftig.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine größere Gefechtshandlung.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In der Walachischen Ebene nähern sich die Truppen des Generals der Infanterie von Falkenhayn der Alt. Im Westzipfel ist der feindliche Widerstand gebrochen. Orsova und Turnu-Severin sind genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Auf dem rechten Flügel der Dobrudschafront wurden russische Kräfte durch Vorstoß bulgarischer Truppen aus dem Vorgelände unserer Stellungen zurückgetrieben. Auch an anderen Punkten der Armee besteht Gefechtsberührung. An der Donau Kämpfe.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Cerna mehrfach starkes Artilleriefeuer. Teilvorstöße des Feindes nordwestlich von Monastir und bei Makovo scheiterten.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 23. November. Bericht des Generalstabes vom 23. November. Mazedonische Front: Zwischen Ochrida- und Prespa-See zog sich der Feind nach kurzem Kampfe nach Süden zurück. Ein feindlicher Angriff auf dem Ostufer des Presna-Sees scheiterte. Die Höhe 1050 östlich des Dorfes Paralovo wurde von neuem vom Feinde angegriffen, aber ohne Erfolg; der Gegner erlitt schwere Verluste. In der Umgebung des Dorfes Badamirki nahmen wir infolge eines glücklichen Angriffs feindliche Gräben. — Auf dem übrigen Teil der Front keine wichtigen Ereignisse.

Rumänische Front: Die Lage ist unverändert.

Die Wirren in Mexiko.

Newyork, 23. Novbr. (Reuter.) Wie aus El Paso gemeldet wird, hat Villa heute früh Chihuahua angegriffen.

Kein Ministerwechsel in Washington.

London, 23. Novbr. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: In seiner Antwort auf die Glückwünsche der Minister zu seiner Wiederwahl wies Präsident Wilson auf die weitere Zusammenarbeit mit ihnen in den nächsten vier Jahren hin. Dies scheint anzudeuten, daß eine Veränderung des Kabinetts nicht in Aussicht genommen ist.

Argentinisches Getreide-Ausfuhrverbot.

London, 23. November. Die „Times" erfährt aus Buenos Aires: Es ist so gut wie sicher, daß ein Ausfuhrzoll auf Weizen eingeführt werden wird. Höchstwahrscheinlich wird von Mitte Dezember an die Ausfuhr teilweise aufgehoben werden, Mitte Januar dürfte dann ein teilweises Ausfuhrverbot für Mais folgen. Die Regierung ist wegen der durch gleichzeitiges Auftreten von Trockenheit und Heuschrecken geschaffenen traurigen Lage gezwungen, Saatweizen aufzukaufen.

Wie Reuter aus Washington meldet, sind Präsident Wilson ebenso wie das Kabinett endgültig gegen jede Gesetzgebung, die eine Sperre auf die Ausfuhr von Lebensmitteln legen würde.

Die Großherzogin-Mutter von Luxemburg †.

Höchst a. Main, 24. Novbr. Die Großherzogin-Mutter von Luxemburg ist heute nacht um 2½ Uhr auf ihrem Schloß in Königstein gestorben.

Austausch deutscher und französischer Zivilinternierter.

Konstanz, 24. Novbr. Die Unterhandlungen über den Austausch deutscher und französischer Zivilinternierter sind abgeschlossen worden. Zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Einigung erzielt worden. Es handelt sich diesmal um nicht weniger als 20 000 Personen, die ausgetauscht werden sollen. Der Transport beginnt am 4. Dezember und dauert bis Weihnachten. Täglich wird ein Zug Schaffhausen—Genf und umgekehrt geführt werden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 vom 14. September 1916 (R.-G.-Bl. S. 1027) wir für den Umfang des Kreises Merseburg der Höchstpreis für Verbrauchszucker im Kleinhandel unter Aufhebung meiner Bekanntmachung vom 20. Mai 1916 (Kreisblatt Nr. 122) wie folgt festgesetzt.

1.

1. Für 500 Gramm Melis (gemahlener Zucker) . . . 0,82 ℳ
2. Für 500 Gramm gemahlene Raffinade Hut-, Brot- oder Preßzucker . . . . . 0,85 ℳ
3. Für 500 Gramm Würfelzucker . . . . . 0,88 ℳ

2.

Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als einen Zentner zum Gegenstand hat.

3.

Wer die vorstehend festgesetzten Höchstpreise überschreitet — Käufer sowohl wie Verkäufer — wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ bestraft.

4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 1. November 1916.

Der Königliche Landrat.
Frhr. v. Wilmowski.

Wiederholt veröffentlicht:
Merseburg, den 20. November 1916.
Der Königliche Landrat.
J. V.: Lewald.

J.-Nr. 5455 K. W.

Vom 24.—30. Nov. 1916

Astoria-Lichtspielhaus
HALLE a. S.

Alte Promenade 11a.

Liebe, die alles trägt.
Die Tragödie einer Mutter
in 3 Abteilungen.
Vorführung: 4³⁰, 7⁰⁰, 10⁰⁰ Uhr.

Sondi, Amor & Co.
Entzückendes Lustspiel in 3 Akt.
Vorführung: 5⁴⁰, 8²⁵ Uhr.

Passage-Theater
HALLE a. S.

88 Leipzigerstraße 88.

„Jimmy Valentine“
Das Rätsel der Kriminalistik
5 Akte.
Der größte Detektivschlager der Gegenwart.
Vorführung: 4¹⁵, 6⁴⁵, 9²⁵ Uhr.

„Tanterich“.
Ein höchst drolliges Abenteuer.
Eine Neuauflage von
„Charleys Tante“.
Vorführung: 5⁵⁰, 8³⁰ Uhr.

In beiden Theatern:
Die neuest. Kriegsberichte
und
herrlich. Naturaufnahmen

Beginn wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Verschiedenes.

Ostfriesische
Bullenkälber
zur Zucht hat abzugeben
Rittergut Skopau
bei Merseburg.

Pferde werden geschoren
in und außer dem Hause.
R. Weber, Hallesche Str. 3.

Junges Ehepaar mit einem Kind suchen für sofort oder später eine
3-4 Zimmerwohnung
Gefällige Offerten unter **M. H.** an die Expedition dieses Blattes.

Statt Karten.

Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme, der Liebe und Verehrung für unsern teuren Entschlafenen dankt herzlich

Helene Baege geb. Dönitz

im Namen der Hinterbliebenen.

Merseburg, den 24. November 1916.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unserer teueren Entschlafenen sagen hiermit herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Ernst Rulffes
nebst Kindern.

Merseburg, den 24. November 1916.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Fleischkarten für den Fleischversorgungsbezirk Merseburg erfolgt am

Donnerstag, den 23., Freitag, den 24. u. Sonnabend, den 25. ds. Mts., von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr, im Rathaus 1 Treppe, Zimmer Nr. 14,

in nachstehender Reihenfolge:

Donnerstag, den 23. November ds. Js.,

diejenigen Haushaltungen, die sich bei nachstehend aufgeführten Fleischern haben in die Kundenliste eintragen lassen.

Fleischermeister Kellermann,	Fleischermeister Knoche,
„ Göthe,	„ Hädecke,
„ Beyer,	„ Franke;
„ Pabst,	

Freitag, den 24. November ds. Js.,

Fleischermeister Baumann,	Fleischermeister Richter,
„ G. Götze, Unterfaltenburg,	„ H. Schenke, Friedrichstr.
„ G. Schenke, Unsteraltenburg,	„ Thierbach,
	„ Klotz;

Sonnabend, den 25. November ds. Js.,

Fleischermeister O. Götze,	Fleischermeister Mohr,
„ Rost,	„ Löbe,
„ Stecher,	„ Reichardt.
„ Sturm,	

Die mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehenen Stammkarten sind bei der Empfangnahme der neuen Karten zurückzugeben.

Die Ausgabe der für Kranke auf Grund ärztlicher Ausweise bewilligten Zusatzmarken erfolgt

am Montag, den 27. November ds. Js., vormittags von 8—1 Uhr.

Merseburg, den 20. November 1916. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

In Ausführung der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs wird die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Zeit vom 21. bis 27. November ds. Js. bei den Fleischern entnommen werden darf, für den Fleischversorgungsbezirk der Stadt Merseburg auf

150 Gramm mit eingewachsenen Knochen oder 120 Gramm ohne Knochen

festgesetzt.

Von den für diesen Zeitraum geltenden Fleischmarken dürfen von den Vollkarten die ersten 6 Abschnitte, von den Kinderkarten die ersten 3 Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern verwendet werden. Auf jede dieser 6 bezw. 3 Fleischmarkenabschnitte dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck oder Rohfett entnommen werden. Die übrigen 4 bezw. 2 Fleischmarkenabschnitte berechtigen nicht zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern. Sie dürfen nur zum Bezuge von Wildbret, Hühnern, Fleischkonserven, Fleischwaren in Feinkosthandlungen, Fleischwaren ausländischer Herkunft oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Die zuletzt aufgeführten Fleischwaren können auch für sämtliche Fleischmarkenabschnitte bezogen werden.

Beim Bezuge von Wildbret, Eingeweiden und Fleischkonserven berechtigt ein Abschnitt zum Bezuge von 50 Gramm.

Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß ein Anspruch auf Lieferung einer bestimmten Art Fleisch oder von Fleisch ohne eingewachsenen Knochen oder von Wurst allein nicht besteht und die Zuteilung nach dem vorhandenen Vorrat verhältnismäßig zu erfolgen hat.

Merseburg, den 23. November 1916. **Der Magistrat.**

Nervöse Störungen, Blutarmut,
Schwächezustände jeder Art, Stoffwechselstörungen.
Erfolgreiche Behandlung durch Hauskur ohne Berufsstörung. Verlangen Sie kostenlos Auskunft.
Sanitätsrat Dr. Weise's Ambulatorium, Berlin, Zimmerstr. 95—96.

Tagesordnung
zur
Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am Montag, den 27. November 1916, abends 6 Uhr im alten Rathause.

1. Entlastung der Jahresrechnung des Bürgerrettungsinstituts.
2. Annahme einer Stiftung.
3. Weihnachtsgabe für das 3. Bataillon Inf.-Regt. 153.
4. Weihnachtsgabe für die im Felde stehenden Gemeindemitglieder.
5. Weihnachtsfeier für die im städtischen Krankenhause untergebrachten Verwundeten u. Kranken
6. Schmückung der Kriegergräber am Totensonntage.
7. Erlaß eines Pachtzinses.
8. Aufnahme einer Anleihe zur Herstellung von Automatengasanlagen.
9. Antrag betr. Straßenbeleuchtung.

10—18. Verpachtung von städtischen Feldgrundstücken.

19. Weitere Ueberlassung eines an der Weißenfelserstraße gelegenen Ackerplanes an den Kaninchenzüchterverein.
20. Verpachtung eines an der Clobigkauerstraße belegenen Grundstücks an den Ballspielklub „Preußen“.

Geheime Sitzung.

Merseburg, den 23. November 1916.
Der Stadtverordnetenvorsteher.
Bothe.

Witwer
49 Jahre, gute Stellung sucht eine Lebensgefährtin vom Lande bis 45 Jahren, etwas Vermögen erwünscht. Offerten befördert unter **U. E. 1468** die **Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Halle a. S.**

Stube, Küche u. Schlafstube
sofort gesucht. Werte Offerten zu senden an **Frau Lippmann,** Chemnitz i. S., Sonnenstr. 5 II.

Weihnachtsgrüße ins Feld.

Die Familien der Altenburger- und Meuschauer Gemeinde, welche wünschen, daß von der Frauenhülfe ihren an der Front oder in Feindesland stehenden Angehörigen ein Weihnachtsgruß gesandt werde, wollen die Anschriften derselben bis zum 26. November in den Brief.asten der Pfarre oder Karlstraße 23 ohne zu klingeln einlegen.

Stellenmarkt.

Suche für meine landwirtschaftl. Maschinen-Schlosserei
2—3 Lehrlinge.
Friedr. Pfeiffer,
Obere Breite Str. 16.

Für Ostern k. Js. suchen wir für unser Kontor einen
Lehrling
mit gründlicher Schulbildung.
F. E. Wirth & Sohn.

Suche zu sofort einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen.
Otto Bretschneider, Eisenw.-Hdlg.

1 Tischler und Waagenschlosser
stellt ein
M. M. Molinau,
Ammendorf.

Müllers Hotel · Merseburg.
Donnerstag, den 30. November
Nur einmaliges Gastspiel der Wiener Operetten- und Schauspiel-Gesellschaft:
Wenn einst der Friede wiederkehrt!
Vaterländisches Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten
Große Gesangsschlager. von A. Winterfeldt. Reizende Tänze.
Preise der Plätze: Sperrsitz 1,80, 1. Platz 1,30, 2. Platz 1,— M.
Im Vorverkauf: Sperrsitz 1,60, 1. Platz 1,10, 2. Platz 0,80 M.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8½ Uhr.
Vorverkauf bei Kfm. Brendel, Gotthardtstr. u. Kfm. Frahnert, Kl. Ritterstr.
In Wien u. Budapest über 200 mal mit durchschlagendem Erfolg aufgeführt.
Das Theater ist gut geheizt.

Die öffentliche Sprechstunde der Auskunftsstelle des Roten Kreuzes findet Sessnerstraße 1 jeden Tag nur in der Zeit von

11 bis 1 Uhr

statt. Nachmittags ist die Auskunftsstelle anderer Arbeiten wegen unbedingt geschlossen.

Merseburg, den 16. November 1916.

Der Mobilmachungsausschuß.

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.
Karl Tänzer
Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft
für
Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche Bettfedern und Betten.
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Verantwortliche Redaktion Politik: L. Baltz, Lokales und Vermischtes: M. Wurst, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 277 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Sonnabend, den 25. November 1916.

Das Dienstpflichtgesetz im Haupt-Ausschuß.

Im Verlauf der gestrigen Erörterung des Gesetzentwurfes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst erwiderte auf die Anfrage eines fortschrittlichen Abgeordneten nach Einzelheiten der Staatssekretär des Innern, daß in den Einleitungsreden zunächst die Grundfragen des Gesetzes erörtert werden sollten. Auf Einzelheiten werde er später eingehen. Der Staatssekretär gab einen Ueberblick über die Vorgeschichte des Hilfsdienstpflichtgesetzes und über die Verhandlungen, die zur Vorbereitung des Gesetzes mit der Industrie und der Arbeiterschaft stattgefunden hätten. Die Ausführungen seiner ersten Rede ergänzend, betonte er dann, daß die Durchführung des Gesetzes in erster Linie auf Freiwilligkeit begründet sei; Zwang solle nur als letztes Mittel und ausnahmsweise zur Anwendung kommen. Es werde drei Gruppen von Personen geben, die unter die Vorschriften des Hilfsdienstpflichtgesetzes fallen würden. Einmal arbeitsfähige Männer, die gegenwärtig keinerlei Arbeit verrichten. Diese müßten natürlich herangezogen werden, da jetzt auf keine nutzbare Kraft verzichtet werden könne. Ihre Zahl werde aber nicht allzu groß sein. Die zweite Gruppe würden die Personen bilden, die in nichtlebenswichtigen Betrieben tätig sind und durch deren Stillegung bezw. Einschränkung für wichtigere freigemacht werden. Auch ihr Tätigkeitswechsel solle sich zunächst freiwillig vollziehen und nur im äußersten Falle gezwungen werden. Endlich kämen als dritte Gruppe noch die Arbeitskräfte in Industrien und Betrieben hinzu, die zwar an sich für die Kriegsführung und Volksversorgung wichtig sind und nicht vollständig entbehrt werden können, bei denen aber doch im Interesse des Ganzen die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte eingeschränkt werden könne. Bei dieser Einschränkung werde so vorgegangen werden müssen, daß rationellste Ausnutzung der Kräfte gesichert bleibt. Vermutlich werde es sich in der Regel empfehlen, einzelne leistungsfähige Betriebe voll arbeiten zu lassen, andere dagegen still zu legen, bezw. auf andere wichtigere Arbeiten umzuschalten.

Im Gegensatz zu der militärischen Aushebung, für die ein Urteil über die Eignung der einzelnen Personen des Auszuhebenden die alleinige Grundlage bilde, werde bei der Durchführung der Kriegsdienstpflicht zunächst ein Urteil darüber zu fällen sein, ob einzelne Betriebe als kriegswirtschaftlich notwendig zu gelten haben. Ist die Unentbehrlichkeit eines Betriebes verneint, und damit seine Stillegung zu Gunsten als Hilfsdienst anerkannter Beschäftigungen ausgesprochen, so werden die Angehörigen dieses Betriebes aufgefordert werden, sich andere, als Hilfsdienst anerkannte Arbeit zu suchen; dabei werden ihnen von der zu schaffenden neuen Organisation in Verbindung mit dem bestehenden Arbeitsnachweis neue Arbeitsmöglichkeiten im Bereich des vaterländischen Hilfsdienstes nachgewiesen und angeboten werden. Erst wenn sie nach einer gewissen Zeit eine als Hilfsdienst anerkannte Beschäftigung nicht gesucht oder nicht erlangt haben, solle Ueberweisung zu einer solchen erfolgen.

Der Staatssekretär wies dann darauf hin, daß es notwendig sein werde, Neuanlagen für die Kriegsmaterialherstellung und die übrigen Zweige des Hilfsdienstes in großer Anzahl zu errichten. Um allzu häufigen Arbeitsplatzwechsel und eine Zusammendrängung der Arbeiterschaft an einzelnen Orten, die Wohn- und Ernährungsschwierigkeiten im Gefolge haben könnte, möglichst zu vermeiden, werde man versuchen, die stillzulegenden Betriebe auf die Produktion für die Kriegführung umzustellen, so daß die Arbeiter an Ort und Stelle verbleiben können.

Der Staatssekretär schloß mit einer Besprechung der Sicherheiten, die für die Hilfsdienstpflichtigen durch die Einsetzung von Entscheidungs- und Beschwerdeausschüssen mit paritätischer Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen werden sollen.

Auch der Chef des Kriegsamts Generalleutnant Groener erklärt sich wiederholt bereit, auf alle Einzelfragen soweit einzugehen, wie das gegenwärtig überhaupt möglich sei, bittet aber die allgemeine Aussprache nicht mit einer Debatte über Spezialfragen zu belasten. Er weist auf die ganz außergewöhnlichen Verhältnisse und Begleiterscheinungen dieses Krieges hin, die in der Vergangenheit nicht hätten übersehen werden können und die für die künftige Entwicklung in ihren Einzelheiten zu übersehen auch heute noch nicht vollkommen möglich sei. Notwendig sei für jetzt und für die Zukunft aus allem Neuen, das dieser Krieg bringe, unverzüglich zu lernen und ohne Zögern die Folgerungen zu ziehen. Aus der Erkenntnis dieser Notwendigkeit sei der vorliegende Gesetzentwurf entstanden.

In der Erörterung vermißte ein Redner des Zentrums in den bisherigen Ausführungen eine zahlenmäßige Aufstellung zur Klärung der Bedarfsfrage. Auch die Bevölkerung der besetzten Gebiete sei mehr heranzuziehen. Es müsse verlangt werden, daß der Reichstag sowohl bei Erlaß der Vorschriften wie ihrer Durchführung mitwirke und eine Kontrolle darüber erhalte.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter bedauerte, daß den Fraktionen erst am Vortage der Inhalt des Gesetzes bekanntgegeben worden sei. Wenn dem Volke die Zwangspflicht auferlegt werde, dürften die Gewinne der Unternehmer nicht freigelassen werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich ging sodann auf das

Belagerungszustandsgesetz

und die darauf sich beziehenden Wünsche des Reichstages ein. Aenderung des Belagerungszustandes, der Schutzhaft u. der Familienunterstützung seien auf dem besten Wege. Ein Redner der Nationalliberalen erklärte sich mit dem Grundgedanken des Entwurfes einverstanden, auch wünschte er dessen rasche Erledigung. Ob nicht später eine Ausdehnung der Dienstpflicht der Frauen nötig werde, sei dahingestellt.

Ein Fortschrittler sprach seine Ueberraschung über den vorliegenden Gesetzentwurf und seine Begründung aus. Auch auf andere Weise könnten noch Kräfte und Mannschaftsersatz geschaffen werden.

Nachdem Staatssekretär Dr. Helfferich und Exzellenz v. Gröner sich weiter vertraulich geäußert hatten, besprach ein

konservativer Redner den Entwurf. Die Organisationskraft der Engländer habe überrascht und wir müßten ihr durch die Volksorganisation entgegentreten und zwar rasch und rücksichtslos.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion verwies darauf, daß der Reichstag längst ein Einschreiten gegen die Vergeudung von Arbeitskräften in Büros usw. gefordert, aber bei der Regierung nicht das nötige Gehör gefunden habe. Er sei für rasche Verabschiedung des Gesetzes.

Ein Mitglied der Nationalliberalen sagte, der Entwurf sei aus der Not der Zeit geboren. Daher erscheine eine lange Beratung aller hier einschlägigen Probleme nicht angezeigt. Die Beratungen wurden darauf auf Freitag vertagt.

Pressestimmen.

Zur Beratung der Hilfsdienstvorlage im Hauptausschuß des Reichstages sagt der B. L.-A., es habe den Anschein, als ob die Parteien in den Wein der Begeisterung einiges Wasser zu gießen gewillt seien.

Das B. T. meint: Alle Parteireden äußerten die größten Bedenken, der Militärverwaltung ohne jede Kontrolle des Reichstages ein so weitgehendes Eingriffsrecht in die Verhältnisse von Millionen von Menschen einzuräumen.

Die Voss. Ztg. sagt, das Maß des Willens, dem Rufe zur vaterländischen Arbeit zu folgen, müsse beeinflußt werden, durch den Umfang der Sicherheiten, die gegen Uebergriffe und Willkürlichkeiten bei der Durchführung des Gesetzes beständen.

Der Vorwärts sagt, keine Ueberstürzung. Ob das letzte Wort ein Ja oder ein Nein sein werde, lasse sich noch nicht sagen.

Deutsches Reich
Politische Rundschau

Zusammentritt des Herrenhauses.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet voraussichtlich am Mittwoch, 6. Dezember, statt. Vorher treten die Ausschüsse und Fraktionen zusammen. Die Tagesordnung der Vollsitzung ist noch nicht festgesetzt.

Botschafter Gerards Rückkehr nach Berlin.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird Herr Gerard, der Berliner Botschafter der Vereinigten Staaten, demnächst auf seinen Posten zurückkehren und sich in Newyork am 7. nächsten Monats einschiffen.

Ein konservativer Sieg in Oschatz-Grimma.

Bei der Reichstagsersatzwahl im 11. sächsischen Wahlkreis Oschatz-Grimma für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Giese wurde der Konservative Dr. Wildgrube mit 7987 Stimmen gewählt. Der Sozialdemokrat Lipinski erhielt 6322 Stimmen, 63 waren ungültig.

Die Förderung des unkündbaren Realkredites.

Der dem preußischen Landtag vorliegende Gesetzentwurf zur Begründung von Stadtschaften bezweckt in erster Linie eine nachhaltige Förderung des sogenannten unkündbaren Tilgungskredits beim städtischen Hausbesitz. Es handelt sich also nicht um eine Notstandsmaßnahme zur Linderung durch den Krieg entstandener wirtschaftlicher Schäden, sondern um die Aufgabe, eine allmählige Gesundung und Festigung des städtischen Grundkredits für die Zukunft anzubahnen. Der städtische Grundkredit soll in seinen soliden Teilen so erstarken, daß er, ähnlich wie es beim ländlichen Grundkredit bereits erreicht ist, auch bei allgemeinen Geldstockungen nicht ins Wanken gerät. In allen sachverständigen Kreisen ist man nahezu übereinstimmend der Ansicht, daß dieses Ziel mit Erfolg nur auf der Grundlage der unkündbaren Tilgungshypothek erreicht werden kann. Unter Stadtschaften sind Pfandbriefanstalten für Hausgrundstücke zu verstehen, in denen sich die Eigentümer zu dem Zweck vereinen, ihren Mitgliedern Tilgungshypotheken zu gewähren, die den Gläubigern gegenüber unkündbar sind. Ihre Betriebsmittel sollen sich die Stadtschaften in erster Linie durch die Ausgabe von Pfandbriefen verschaffen. Nun werden allerdings der Ausgabe von Pfandbriefen für die nächsten Jahre infolge des starken Geldbedarfs und infolge der festverzinslichen Kriegsanleihen erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Regierung will deshalb zur ersten Ausstattung der Stadtschaften einen Kredit von 10 Millionen Mark zur Verfügung stellen, wobei in bezug auf die Bedingungen, unter denen die staatlichen Beihilfen darlehnsweise gegeben werden sollen, ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zugesichert wird. Zur Erreichung dieses Zieles einer Gesundung des städtischen Grundkredits werden Jahrzehnte erforderlich sein. Aber gerade aus diesem Grunde ist es erwünscht, daß das Gesetz noch in dieser Tagung des Landtages zur Verabschiedung gelangt.

Ausland

Nach Kaiser Franz Josephs Tode.

Die Todesursache.

Amtlich wurde als Todesursache Herzlähmung festgestellt. Wie von ärztlicher Seite verlautet, war auch eine Rippenfellentzündung vorhanden, die aber erst als eine Folgeerscheinung der Lungenentzündung ausbrach. Die letzten Worte, die der Kaiser sprach, nachdem man ihn zu Bett gebracht hatte, waren: „Ich bin müde".

Die Hoftrauer für den Kaiser von Oesterreich wurde am Berliner Hofe auf 4 Wochen festgesetzt.

Die Töchter der Frau Konsul

21] **Roman von Fritz Gantzer.**

(Nachdruck verboten.)

Aber die Kipfmüllern antwortete nicht. Und Doris bat nicht von neuem. Ueberhaupt fiel kein Wort mehr zwischen ihnen. Doris war froh, als sie ihre Arbeit beendet hatte und gehen konnte.

Am Abend erzählte Katharina Jürgen Brucks viel von lieblosen Kindern im allgemeinen und von der Lieblosigkeit Doris Gardings im besonderen. „Sie ist es gar nicht wert, daß sie solchen guten Vater gehabt hat," schloß sie endlich, „wenn sie schon ein paar Wochen nach seinem Tode solche Redensarten im Munde führt."

Der weißhaarige Brucks schüttelte den Kopf. Das glaube er nicht von seinem Liebling. So sei die kleine Doris einfach nicht. Wahrscheinlich hätte sich die Kipfmüllern verhört.

„Ganz gewiß, ich habe mich verhört," erklärte die Verdächtigte spöttisch, erhob sich und zog sich in ihr Schlafzimmer zurück. Ehe sie zu Bett ging, nahm sie aus einem der Kommodenkästen einen nahezu fertig gehäkelten weißen Schlips, wickelte ihn in Zeitungspapier und schlang einen Faden darum. Dann legte sie das Paketchen ganz unten in den Kasten, stopfte Wäsche, Wolle und Strümpfe darüber und schob ihn heftig zu ....

So! Jürgen Brucks würde in diesem Jahre des üblichen Weihnachtsgeschenkes von ihr verlustig gehen. Und das von Rechts wegen!

Uebrigens bereiteten sich Enttäuschungen auch für andere vor.

Moritz Schölerkamp hatte längst seine Epistel, daß sein Kommen wegen der kurzen Abwesenheit von zu Hause überflüssig sei. Er wäre auch ohne diesen väterlichen ungeschminkten Wink nicht gekommen. „Ich will es ihr schon zeigen, daß ich keinen Funken Sehnsucht nach ihr habe!" dachte er ingrimmig. Dabei zergrübelte er sich schon seit Tagen den Kopf, ob er Doris nicht auf heimliche Weise mit einer kleinen Aufmerksamkeit überraschen könnte. Vielleicht durch Vermittelung Reginens .... Aber er kam noch zu keinem festen Entschluß.

Zwei Tage vor Weihnachten schrieb Georg, daß er zum Fest nicht daheim sein könne. Er hätte zugunsten eines Kameraden auf den Urlaub verzichtet. Diese Nachricht enttäuschte namentlich die Konsulin. Sie vermißte die von Liebenswürdigkeit und Zuvorkommenheit triefende Nähe ihres Schwiegersohnes mit vielem Bedauern und hatte sich auf seine Anwesenheit während des Festes gefreut. Sie sagte Gabriele das und war unzufrieden, daß die Tochter nicht besonders unangenehm berührt schien. „Du tust so gleichgültig, Gabriele," rügte sie. „Wirst du deinen Mann nicht sehr vermissen?"

„Ach, Mama, wenn es eben nicht anders geht! Man muß dann schon zufrieden sein. Uebrigens, mir fällt das gerade ein, traf ich gestern Herrn von Swensitzky. Er bleibt auch in der Garnison. Ich weiß ja nicht, ob mich einer gern haben will," meinte er, als ich ihn fragte, wo er das Fest verleben würde. „Meine Eltern sind tot!" Da tat er mir so leid, und ich lud ihn als guten Bekannten Georgs zum Heiligabend ein, deine Zustimmung voraussetzend."

„Ich habe nicht gern Gäste am Weihnachtsabend," bemerkte Frau Garding unwillig. „In diesem Jahre ist es mir doppelt peinlich, einen Fremden unter uns zu sehen. Du hättest daran denken und darauf Rücksicht nehmen sollen ... Kannst du die Einladung nicht noch rückgängig machen?"

„Aber, Mama! Auf keinen Fall! Er hat bestimmt zugesagt." Gabriele rief alles in verständnislosem Ueberraschtsein.

Die Konsulin seufzte. „Dann mag es sein. Aber wie gesagt: Lieb ist es mir nicht."

„Herr von Swensitzky ist ein entzückender Mensch," begeisterte sich Gabriele. „Ein geistvoller Plauderer. Du wirst gewiß zufrieden sein."

„Ach, Kind!" sagte Frau Cordula und schaute mit feucht werdenden Augen das Bild des Konsuls an, das im schlichten Eichenrahmen vor ihr auf dem Nähtischchen stand ....

Den ganzen Tag über waren die Postwagen jetzt fast unterwegs, um alle Gaben des Christkinds zu befördern. Auch durch die vornehme Kaufschreitstraße rumpelten sie häufig und gaben aus ihrem gelben Bauche hier besonders viel ab.

Am Tage vor Heiligabend war Georas umfangreiches Weihnachtspaket angekommen. Am Nachmittage des heiligen Abends selbst hielt dann die Post noch einmal vor dem Gardingschen Hause und brachte ein zierliches Kistchen für Regine.

Ziemlich überrascht öffnete sie. Gleich obenauf lag ein Brief.

„Frankfurt a. M., den 22. Dezember 19..
Herzogenstraße 29.

Liebes Fräulein Regine!

Bitte, nichts verraten und nicht böse sein! Ich wende mich an Sie als den einzigen Menschen, der mir helfen kann. Wollen Sie die Güte besitzen, das in diesem Kistchen befindliche Schächtelchen zu einer Zeit, die Ihnen am passendsten erscheint, Doris zu überreichen? Nicht wahr, Sie erweisen mir die Gefälligkeit gern?

Ihrer Verschwiegenheit vertrauend und Ihnen mit vielem Danke herzliche Weihnachtsgrüße sendend,

Ihr
Ihnen sehr ergebener
Moritz Schölerkamp."

Regine kam ein welches, feines Lächeln an. Also trotz Bann und Acht heimlichste Heimlichkeiten und zartes Gedenken. Wenn Onkel Schölerkamp das wüßte! Wenn er gar erst wüßte, daß sein „Döchting" ihre vermittelnde Hand bieten wollte, um seinem strikktesten Willen entgegenzuhandeln! Er hätte sie gewiß nie wieder „Döchting" genannt."

Regine besann sich keinen Augenblick. Moritz sollte sich in dem Glauben an ihre Verschwiegenheit und Unterstützung nicht getäuscht haben. Sofort schrieb sie einige freundliche Zeilen an ihn, daß sie seine Sendung soeben empfangen habe und seinen Wünschen entsprechend handeln würde.

Dann schloß sie das Kistchen in ihren Toilettentisch und verließ das Haus, um nach dem Friedhof zu gehen und an der Gruft ihres Vaters einige Tannenzweige und Christrosen niederzulegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0005

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester hat sich nach Wien begeben. Es verlautet, daß er die Vorarbeiten für die Einberufung des Reichsrats zu einer Trauerkundgebung in Angriff nehmen wird.

Telegrammwechsel zwischen den Kaiserinnen.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, sandte die Kaiserin an die Kaiserin von Oesterreich ein Telegramm, in dem es heißt:

In dieser schicksalsschweren Stunde drängt es mich, auszusprechen, welch innige Teilnahme ich an dem Schmerze und der Trauer Ew. Majestät nehme. Herzliche Freundschaft hatten uns im Leben verbunden, treue Verehrung habe ich dem Entschlafenen bewahrt. Möge der Allmächtige Ew. Majestät seinen Beistand und seinen Segen geben, um die schweren Pflichten zu erfüllen, deren Erfüllung in dieser ernsten Kriegszeit hohe Anforderungen an die Kräfte Ew. Majestät stellen wird.

Die Kaiserin von Oesterreich antwortete:

Innig berührt durch die so überaus warmen und herzlichen Worte, bitte ich Ew. Majestät, meinen aus tiefstem Herzen kommenden Dank entgegenzunehmen. Ich bitte, die Freundschaft, die meinem in Gott ruhenden Oheim zuteil wurde, auf mich und meine Familie zu übertragen.

Aus Stadt und Umgebung

Die Jugendpflegekonferenz.

Ueber den weiteren Verlauf der Veranstaltungen tragen wir dem gestrigen Bericht nach:

Seminarlehrer Korlin entwickelte an lehrreichen statistischen Tafeln die Möglichkeiten: „Wenn sie siegten". Die Aeußerungen unserer Feinde lassen auch mit Recht darauf schließen, daß die entwickelten Möglichkeiten zur Durchführung kämen und deshalb bewahre uns Gott vor solchem Ende.

Oberlehrer Kaminsky sprach in anschaulicher oft humorvoller Weise über „Der Deutsche und Ausdruck und Auffassung der Franzosen".

Um 1¼ Uhr wurde die Vormittagssitzung geschlossen.

Am Nachmittag 3¼ Uhr versammelten sich die Teilnehmer wieder in der Turnhalle. Oberlehrer Hemprich gab an Hand des von ihm herausgegebenen Heftchens: „Was müssen Jugendpfleger und Jugendpflegerin vom Lichtbilderapparat im Kino wissen?". Anleitung zur Abhaltung von 8 Lichtbilderabenden. Die in diesem Heftchen durch die ausgeglichtete Zusammenstellung passenden Stoffes gegebenen Richtlinien verdienen die größte Beachtung und sichern den Erfolg jeder Veranstaltung.

Seminarlehrer Körlin zeigte an der Hand eines Buches, wie unsere Feinde es verstehen, Bilder für weitverbreitete Zeitschriften und Zeitungen so zu ändern, daß aus ihnen die grauslichsten Lügen und Beweise für angebliche Untaten Deutscher entstehen.

Stellv. Kreisjugendpfleger Helm gab kurz den Inhalt dreier Abschnitte der König'schen Schrift: „Die Fahrt der Deutschland" wieder.

Es folgte nun ein Lichtbildervortrag des Herrn Thielsen über Friedrich den Großen. Mit der feinsinnigen Auslegung jedes einzelnen Bildes verband der Vortragende geschichtlichen Inhalt und gab damit Anleitung, wie ein solcher Vortrag richtig ausgeführt werde. Weitere Lichtbilder- und Kinoreisen über Austernfischerei, Naturschönheiten in Schweden—Norwegen, Fort Vaux, Kriegsbilder usw. beendeten diese sehr anregende Vortragsfolge. Möge sie die Ziele der Jugendpflege fördern helfen zum Segen unserer deutschen Jugend und des ganzen Volkes.

Drohende Verschwendung von Saatgut.

Die erste Voraussetzung für ein ausreichendes Ernteergebnis ist ausreichendes Saatgut. Die zweite Voraussetzung aber bleibt, daß das Saatgut richtig und den größten Ernteertrag versprechend verwendet wird. Beide Voraussetzungen sind Grundlagen, die nicht erschüttert werden, sondern gestärkt und verbreitet werden müssen, soll das Ziel, die Ernährungsverhältnisse zu bessern, erreicht werden. Der Fehlbetrag in der Kartoffelernte dieses Jahres, der in der Hauptsache mit eine Folge der Verwendung nicht ausreichenden oder gar erstklassigen Saatgutes war, läßt erkennen, in wie großem Umfange das Ernteergebnis durch Art, Beschaffenheit und Menge des Saatgutes beeinflußt wird. Saatgut kann zwar auch als Nahrungsmittel verwendet werden. Saatgut, besonders von Hülsenfrüchten, also von Bohnen, Erbsen, dann auch von Kartoffeln sowie verschiedene andere Samen sind schon im vergangenen Jahre vielfach zum Verzehren aufgekauft worden. Die gleiche Gefahr liegt für das kommende Jahr in noch größerem Umfange vor.

Da nun, wie uns mitgeteilt wird, den Samenhandlungen bereits große und umfangreiche Vorbestellungen auf Saatgut gemacht worden sind, erscheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß unter diesen Bestellungen sich auch Aufkäufe zu Handels- und Verkehrszwecken befinden. Dieser Gefahr muß aber mit allen Mitteln unbedingt vorgebeugt werden, damit jede unrechtmäßige Verwendung von Saatgut unmöglich gemacht wird und etwa übrigbleibende Mengen zum Besten der Allgemeinheit wirklich auch als Saatgut Verwendung finden. Deshalb werden sehr strenge Vorschriften nötig sein, um den Bedarf an Saatgut sicherzustellen, besonders Vorschriften gegen städtische Saatgutbezieher, hinter denen sich nur allzusleicht Scheinkäufe, die das Verzehren bezwecken, verbergen können.

Da der Saatbandel bis Weihnachten fast völlig ruht, ist die Zeit einzuschreiten, ohne den Handel und die Geschäftsabwicklung zu stören, besonders geeignet. Bis dahin können die notwendigen Maßnahmen in ausreichendem Umfange vorbereitet werden.

Eisenbahnsendungen zum Feldheer.

Bei den dienstlichen wie privaten Eisenbahnsendungen zum Feldheer kommen häufig Fehlleitungen infolge unrichtiger Adresse vor. Die Heeresverwaltung hat deshalb am Sitz der stellvertretenden Generalkommandos und in anderen größeren Garnisonen bereits seit mehreren Monaten militärische Prüfungsstellen eingerichtet, denen die Frachtbriefe usw. zu solchen Feldsendungen vor der Auslieferung bei der Eisenbahn vorgelegt werden müssen.

Das Verfahren hat sich eingelebt und so gute Wirkungen gehabt, daß fortan nicht nur die am Sitze einer solchen Prüfungsstelle zur Auslieferung gelangenden, sondern alle Eisenbahnsendungen zum Feldheer in dieser Weise vorgeprüft werden sollen. Die Begleitpapiere erhalten einen Prüfungsvermerk, durch den die Eisenbahn-Abfertigungsstellen zur Annahme des Gutes ermächtigt werden. Näheres ist bei den Eisenbahn-Abfertigungsstellen, den Militär-Paketämtern, Linienkommandanturen und bei den Frachtbriefprüfungsstellen selbst zu erfahren.

Passage-Theater Halle.

„Jimmy Valentine" betitelt sich der große, fünfaktige Kriminalfilm, der von heute ab zur Vorführung gelangt. Der Film bietet Einblicke in manche amerikanische Verhältnisse, und das interessiert umsomehr, als es nicht „gestellt" ist. Die Aufnahmen im Gefängnis Sing-Sing sind ebenso interessant, wie die vom Schauplatze eines Einbruches, einer Bank, deren Einrichtungen in allen Details klar zu sehen sind. — Das höchst drollige Abenteuer eines verkleideten Liebhabers wird für den heiteren Teil des Abends bestens sorgen. Moritz Stint, der erfinderische Liebhaber, findet alle möglichen und unmöglichen Verkleidungen, um sich seiner Liebe als Bäckerjunge, als Schornsteinfeger usw. zu nähern, aber immer mit dem gleichen Mißerfolg. Schließlich verkleidet er sich als liebenswürdige ältere Tante und so erreicht er auch sein Ziel, wenn auch erst nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, die gerade den köstlichen Humor, der ihm eigen ist, so recht zur Geltung kommen lassen. Außerdem die neuesten Kriegsberichte usw.

Astoria-Lichtspielhaus Halle.

Was die Liebe einer Mutter vermag, zeigt so recht das herrliche Drama: „Liebe, die alles trägt!" Betty Nansen verkörpert die Mutter mit dem ganzen Liebreiz ihres Wesens. Ihr Mann, der Rechtsanwalt Dr. Helmers, gibt seiner Frau die Schuld an dem Leichtsinn ihres Sohnes, weil ihre Liebe ihn immer und immer wieder unterstützt. Der Sohn aber, ein verbummelter Student, lohnt die treue Liebe der Mutter mit Undank. Als die Mutter dies gewahr wird, bricht ihr das Herz. Die Handlung, die so recht aus dem Leben gegriffen ist, spannt alle Nerven vom Anfang bis zum Schluß und wird Jedermann voll befriedigen. Für den heiteren Teil sorgt Emil Sondermann als Reutier Knickbahn und Gerda Löchner als Trudchen Wiesel. Die neuesten Kriegsberichte und herrliche Naturaufnahmen vervollständigen das schöne Programm.

Gerichtszeitung

Ihre Kinder zum Stehlen verführt.

Halle, 23. Novbr. Die Ehefrau Bernstein aus Schkeuditz hatte ihre Kinder veranlaßt, bei einem Geschäftsmann Wolle von größerem Werte zu stehlen. Die Kinder mußten einen schweren Diebstahl ausführen, um in den Besitz der Waren zu gelangen. Jetzt hatte sich Frau B. wegen Anstiftung zum Diebstahl zu verantworten; sie wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die O. O.-Marke.

Köln, 23. Novbr. Wegen übermäßigen Gewinns setzte heute das Kölner Schöffengericht gegen die Inhaberin des Schuhwarengeschäfts van Geldern eine Geldstrafe von 8000 Mark fest. In dem Geschäft wurden die Kunden nach ihrem Aussehen bedient, die Verkäuferinnen mußten möglichst hohe Preise erzielen. Sie verkauften Schuhe, die im Einkauf 15 bis 18 Mark kosteten, zu Preisen bis zu 40 Mark. Die Angeklagte rief den Verkäuferinnen geheime Bezeichnungen zu, nach denen die Verkäuferinnen die Preise festsetzten. Wenn die Inhaberin beispielsweise rief: „Der Herr bekommt O. O.-Marke", so bedeutete das: „Der Herr muß 10 Mark mehr bezahlen." . . .

Literarisches

Für Heer und Flotte betitelt sich eine Sammlung von Heften, die zur Massenverteilung nach draußen bestimmt ist. — Es erschienen neue Hefte durchweg humorvollen Inhalts, und das ist gut. Heft 6: Die langweilige Engländerin. 20 Pf. Heft 7: Schön Wetter. Eine lustige Agrarier-Geschichte, 40 Pf. Heft 8: Die versteckten Schuhe. 20 Pf. Heft 9: Die Studienreise der Baurätin. 40 Pf. Heft 10: Der Lieblingsneffe. 60 Pf.

Früher erschienen 5 Hefte zum Preise von je 20 Pf., diesmal sind auch stärkere Heftchen darunter. Der Verlag von Martin Warneck in Berlin W. 9 berechnet 50 Heftchen gemischt (also je 5 Hefte) mit M. 12.—, 100 Hefte (also je 10 Hefte) mit M. 20.—. Wir können die Sammlung bestens empfehlen. Man lege sie Weihnachtspaketen bei, guter Lesestoff ist stets erwünscht.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 26. November

Totenfest.

Gesammelt wird eine Kollekte für die Stadtmission in Magdeburg.

Es predigen:

Dom. Vorm. **10** Uhr: Superintendent Bithorn. **Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl. Derselbe.**

Vorm. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst.

Nachm. 5 Uhr: Diakonus Wuttke. **Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl. Derselbe.**

Der Jungfrauenverein fällt aus.

Montag, abends 8 Uhr: Kriegsbibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Wuttke.

Volksbibliothek und Lesehalle geöffnet Sonntags von 11 bis 12½ Uhr mittags.

Stadt. Vorm. **10** Uhr: Pastor Werther. Im Anschluß Beichte und Abendmahl. Derselbe.

Nachm. 5 Uhr: Pastor Werther. Im Anschluß Beichte und Abendmahl. Derselbe.

Abends 8 Uhr: Jünglingsverein. Pastor Werther.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Ev. Mädchenbund St. Maximi. Mühlstr. 1. Frau Pastor Riem.

Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Frauenhülfe von St. Maximi Mühlstr. 1. — Frau Pastor Werther.

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Kratzenstein. Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl. Derselbe.

Abends 7 Uhr: Beichte und heiliges Abendmahl. Pastor Kratzenstein.

Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe, Unteraltenburg 36.

Montag, abends 8 Uhr: **Kriegslesesabend**, Unteraltenburg 36.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein, Unteraltenburg 36.

Neustadt. Vorm. 8 Uhr: Pastor Kratzenstein.

Nachm. 5 Uhr: **Beichte und heiliges Abendmahl.** Derselbe.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit. Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.

Nachm. 5 Uhr: Pastor Voit. Im Anschluß Beichte und heiliges Abendmahl.

Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Jugendheim, Werderstraße.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Evangl. Mädchen-Verein St. Thomae im Jugendheim, Werderstraße.

Katholischer Gottesdienst.

Sonnabends u. an den Vorabenden der Feste von 5 Uhr ab: Gelegenheit zur Beichte.

Sonntags früh ½7 Uhr: Beichte.

½8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.

2 Uhr nachmittags: Christenlehre und Kriegsandacht.

An den Wochentagen: früh ½8 Uhr hl. Messe und kurze Kriegsandacht.

Aus Provinz und Reich

Saale-Elster-Kanal.

Halle, 23. Novbr. In der kürzlich abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung des Verbandes sächsischer Industrieller nahm der Gesamtvorstand, der sich bereits früher wiederholt für die Schaffung eines Donau-Elbe-Kanals ausgesprochen hatte, nach Berichten des Landtagsabgeordneten Dr. Zöphel und Gustav Petters, Direktor der Vereinigten Elbe-Schiffahrts-Gesellschaften A.-G., auch zu dem Elster-Saale-Kanal-Projekt Stellung und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß diese in dem Schiffahrtsabgabengesetz vom 24. Dezember 1911 gewährleistete Wasserstraßenverbindung mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit für die sächsische Industrie unbedingt in der in dem vorgenannten Gesetz projektierten Form zur Durchführung kommen müsse. Der Verband wird deshalb ebenso wie der Frage der Donau-Elbe-Verbindung auch diesem Kanalprojekt weiterhin seine größte Aufmerksamkeit schenken und vor allem darüber wachen, daß die in dem Schiffahrtsabgabengesetz nach dieser Richtung hin gemachten Zugeständnisse bei etwaigen späteren Verhandlungen nicht nach dieser oder jener Richtung hin eine Verkümmerung erfahren.

Vom Auslande

Trauerfeier für Sienkiewicz.

In Vevey fand am Mittwoch vormittag die Beerdigungsfeier für Henryk Sienkiewicz in Anwesenheit einer zahlreichen Trauerversammlung statt. Eine aus Warschau entsandte polnische Abordnung war nicht rechtzeitig in Vevey eingetroffen. Alle polnischen Vereine der Schweiz hatten Abordnungen entsandt. Der Bundesrat hat an die Familie des Verstorbenen eine Beileidsdepesche gerichtet. Der Papst hat in einem Telegramm an den polnischen Hilfsausschuß in Vevey seine Teilnahme ausgedrückt. Unter den Teilnehmern an der Trauerfeier bemerkte man u. a. die Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft, Mitglieder des polnischen Hilfskomitees in Vevey und die Konsuln von Frankreich, England und Rußland.

Bunte Zeitung

60 000 Mark für einen Hund.

Ein im Kriege reich gewordener amerikanischer Lebensmittel-Großhändler Fielding, dessen Vermögen jetzt in die vielen Millionen geht hat, Newyorker Blättern zufolge, einen russischen Windhund erworben, für den als Preis nicht weniger als 60 000 Mark gezahlt wurden. Das Tier ist von altem Stammbaum und war erster Sieger bei allen Hunderennen.

Gewinn-Auszug

der

8. Preuss.-Südd. (234. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 14. Ziehungstag. 23. November 1916.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10 000 M 146873

6 Gewinne zu 5000 M 410 38799 65170

68 Gewinne zu 3000 M 275 4425 12548 12592 23379 25898 34544 35831 41407 43127 47369 50587 52546 53229 54757 66482 70681 70788 117752 126243 130116 144744 146957 161609 191747 213253 215556 221419 233744

130 Gewinne zu 1000 M 1976 6671 8647 9468 10968 13914 14040 20065 24116 35858 38805 39377 43855 43876 47852 48546 49676 52452 54243 55716 58100 60359 61953 63745 66616 73346 74060 77684 89260 94006 96564 99208 104362 109052 114667 125505 126481 130768 131861 138814 140326 140848 141839 146373 147325 149236 150823 152359 155332 157209 157404 158128 161548 165114 168067 168304 169242 194224 205336 212632 213437 219895 222615 223172 232148

224 Gewinne zu 500 M 841 2151 5056 5455 6068 6387 7659 7736 7890 9901 10052 10232 11311 12069 13550 13689 15733 18418 18854 24598 24800 29355 35384 39262 39303 39694 40530 42637 43296 45349 48521 49212 49755 53151 53627 55932 61369 62143 66585 67393 67502 70437 74315 79771 81510 82333 82676 83353 83469 85802 85819 87135 88066 89869 90744 93057 102185 105581 106015 107626 113937 117685 120234 123185 123434 130759 134197 134639 137097 138582 139546 140476 142172 144237 146659 146884 149695 153630 156143 156701 157059 158016 159336 166651 168919 169501 171236 172768 179787 180061 181500 188621 188768 188588 192916 193902 202292 203147 207284 208700 212344 213174 213538 214923 216843 217603 224704 228326 227900 228320 228812 229838

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 30 000 M 142525

2 Gewinne zu 5000 M 132915

74 Gewinne zu 3000 M 6349 9729 13547 19874 28458 31685 37654 58120 64088 64825 67817 80382 86115 97037 100355 103195 113944 117564 119671 128810 130394 138590 153046 156552 180739 183173 187485 188052 192614 193400 193508 193540 197977 201442 213990 228332 232677

174 Gewinne zu 1000 M 6729 10898 12625 14181 17053 20174 21412 26479 30668 33189 33296 35371 37683 45935 51785 53536 54290 63632 68906 73582 76932 78491 81953 83685 84928 87343 88846 89093 94508 97602 97835 99537 100578 101066 103720 103937 105439 114324 115012 115704 116385 119352 120729 122470 129467 132511 136015 138805 139243 142539 143398 157621 162598 162647 163093 165265 166275 178449 180169 181024 190808 192330 194906 195814 196662 197349 200551 200555 202749 203505 203974 205592 213017 210423 215150 215312 219228 221054 222304 222569 222834 225111 229315 231097 231509 232707 233074

190 Gewinne zu 500 M 76 547 1916 3370 4135 7790 12161 15427 17293 22852 23640 28254 36006 42733 44506 46153 47954 51366 61767 57699 58172 58491 59807 68572 71589 72746 75984 75998 76076 76862 76830 79673 79734 81284 81751 84389 91611 97397 102568 104295 105313 106144 106603 110828 111464 116419 117906 124584 129977 133795 133907 137437 140754 144886 146931 152115 155725 155869 156107 163034 164421 165204 166633 172717 175198 177173 178814 179923 179966 182655 184456 184955 185452 189510 190941 191552 192344 196828 198885 201657 205640 210291 214459 216319 219013 219249 219960 222711 224705 226440 227071 228768 231585 231619 232330

Handel — Verkehr — Volkswirtschaft

Wochenbericht der Berliner Produktenbörse.

Am Produktenmarkt ist es in der Woche vom 15. bis 22. November wieder recht ruhig zugegangen. Die Beschlagnahme von 65 Millionen Zentnern Kohlrüben hat diesen Artikel aus dem freien Verkehr verschwinden lassen. Die Zufuhr von Pferdemöhren und Runkelrüben wurde teils durch Mangel an Waggons, die für andere Zwecke in Anspruch genommen waren, teils durch zeitweisen Frost behindert. Das Angebot in den genannten Rübensorten war demgemäß knapp, die davon an den Markt gelangte Ware fand bei andauernd lebhafter Nachfrage leicht Abnehmer. Die Knappheit des Angebots wird ferner mit den sächsischen Höchstpreisen erklärt, die dem Händler einen größeren Verdienst lassen, als er bei einem Verkauf am hiesigen Platze erzielen kann. Industriehafer war wohl angeboten, aber noch immer zu Preisen, die die Nährmittelfabriken nicht anlegen wollen; infolgedessen kam es nur selten zu Umsätzen. Das Angebot in Sämereien war knapp, besonders in guten Qualitäten von Alsekaat, auch für Seradella übertraf die Nachfrage das Angebot.

Am letzten Geschäftstage der Berichtswoche wurden nicht amtlich nachstehende Preise ermittelt: Seradella 44—49 M für 50 Kilogramm ab Station; Runkelrüben Erzeugerpreis von 1,80 M, Kohlrüben von 2,50 M, Pferdemöhren von 4 M. Alles zuzüglich eines Handelsnutzens für 50 Kilogramm ab Station.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919161125-14/fragment/page=0006